Gewissen

30 Pfennige

Achter Jahrgang — Nummer 8

Montag, den 22. Februar 1926

Grüne Woche.

Die grüne Woche wird in diesem Jahre einen stilleren Verlauf nehmen, da die früher übliche Haupt- und Staatsaktion, die große Landbundtagung, wegfällt. Taktisch wäre es immerhin wertvoll gewesen, die große Kundgebung gerade jetzt zu veranstalten, nachdem im Reichstage der Großkampf um die Neuorientierung der Steuerpolitik begonnen hat.

Das Reinholdsche Programm hat in der Landwirtschaft wenig Beifall gefunden. Der Steuerdezernent des Reichslandbundes, Herr von Sybel, faßt seine Kritik in dem Urteil zusammen: „Millionengeschenke für die Warenhäuser — nichts für die Bauern.“ Er verweist darauf, daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer der Landwirtschaft so gut wie keine Entlastung bringen werde, daß sie auch dem Konsumenten keinen Vorteil geben werde, so daß von einer Steigerung der Realkaufkraft der Löhne kaum die Rede sein könne. Von den besonderen Steuerwünschen der Landwirtschaft aber hat Dr. Reinhold nichts verwirklicht, er hat auch keine Andeutung gemacht, daß die spätere Verwirklichung auf seinem Programm stehe. Daß Herr von Sybel sich darüber enttäuscht zeigt, daß der Finanzminister nicht gegen die preußischen Steuerpläne, insbesondere die Rugtiersteuer und die Erstreckung der Hauszinssteuer auf die Landwirtschaft, Stellung genommen habe, soll auch vermerkt werden. Verfassungsrechtlich dürfte zwar ein gegen Preußen gerichtetes „Verbot“ des Reichsfinanzministers nicht möglich sein; immerhin ist die landbundliche Forderung ein schätzenswerter Beitrag für die kommende Erörterung der verfassungsrechtlichen Konsequenzen der Sparaktion.

Die Steuerwünsche des Reichslandbundes, die sich auf die Reichssteuergesetzgebung beziehen, sind unterdessen von der deutschnationalen Fraktion zu Anträgen formuliert worden. Inhaltlich können wir diesen Anträgen durchweg zustimmen. Ob sie Aussicht auf Annahme und Verwirklichung haben, erscheint uns recht zweifelhaft. Der „Vorwärts“ kündigt schärfsten Widerstand an. Es besteht wenig Grund zu erwarten, daß der parlamentarische Einfluß der landwirtschaftlichen Interessen auf die Reichsgesetzgebung unter dem neuen Kabinett stärker sein werde als vorher. Der neue Reichsfinanzminister bringt für die Landwirtschaft ein besonderes Interesse augenscheinlich nicht mit, und eine andere Persönlichkeit im Kabinett, die dieses Manko ausgleichen könnte, ist nicht vorhanden.

Diese Bemerkung soll nicht so aufgefaßt werden, als ob wir glaubten, daß die lebenswichtigen Belange der Landwirtschaft etwa durch eine bessere Vertretung im Kabinett oder durch eine stärkere parlamentarische Vertretung genügend gesichert werden könnten. Vor dieser Illusion haben wir immer gewarnt und werden wir weiterhin warnen. In der Wochenschrift des Reichslandbundes ist unter den Kernpunkten der in Kassel vertretenen Forderungen folgender hervorgehoben worden: „Der von der Weimarer Verfassung gebrachte Einkammer-Absolutismus verführt die politischen Parteien zu einer stetigen Vermehrung der Ausgaben ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Der Reichslandbund fordert daher eine Verfassungsreform, die insbesondere die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und die Schaffung einer nicht aus Wahlen hervorgehenden weiteren Kammer zum Kern hat; die Befugnisse des Finanzministers sind durch ein Vetorecht gegenüber neuen vom Parlament geforderten Ausgaben zu erweitern.“ Das ist die Auffassung, die wir selbst seit Jahren vertreten. Während wir aber die Ueberlegung anschließen, wie denn diese Verfassungsreform erreicht werden soll, glauben wir leider bei der Landwirtschaft diese Fragestellung und die aus ihrer Beantwortung sich ergebende Zielsetzung noch vermissen zu müssen.

Die notwendige Verfassungsreform kann nur von einem starken und einheitlichen Willen aller für die deutsche Wirtschaft verantwortlichen Männer durchgesetzt werden. Deshalb ist eine Verständigung zwischen den führenden Persönlichkeiten der Landwirtschaft und der Industrie notwendig. In diesem Zusammenhange haben wir die Aussprache begrüßt, die in den letzten Wochen über die Zusammenarbeit von Industrie und Landwirtschaft geführt worden ist, und wir müssen es bedauern, daß durch die letzte Nummer des Organs des brandenburgischen Landbundes in diese Aussprache ein unfreundlicher Ton hineingebracht worden ist. Es wird da gesagt, daß die Forderung nach einer engen Zusammenarbeit von Industrie und Landwirtschaft nach all den bitteren Erfahrungen nur Kopfschütteln hervorrufen könne, daß die Industrie sich sicherlich auf schöne Gesten verstehe, daß aber bei allem von der Industrie ausgehenden Vorschlägen auf Förderung der Landwirtschaft stets das industrielle Eigeninteresse maßgebend sei — nur soweit die Förderung der Landwirtschaft der Industrie von Nutzen zu sein scheine, werde sie erstrebt; aber niemals um der Landwirtschaft selbst willen. Die Darlegung spitzt sich zu der Frage zu: „Ist die Industrie willens, unter Hintansetzung der eigenen Interessen zu einer Verständigung mit der Landwirtschaft zu kommen, welche dem Gesamtwohle dient?“ und klingt in die Mahnung aus: „Wir rufen der Landwirtschaft zu: Hüte dich vor deinen Freunden, mit deinen Feinden (der Konkurrenz der ausländischen Landwirtschaft) kannst du allein fertig werden!“ Es soll gar nicht bestritten werden, daß für die wirtschaftspolitische Haltung der Industrie zunächst die eigenen Interessen in Betracht kommen, aber das dürfte für die Landwirtschaft genauso zutreffen. Aber wo und soweit die Interessen gemeinsam sind, da soll man auf ihnen — ohne Illusion, ohne „gefühlsgeschwängertes Pathos“ selbstverständlich ein gemeinsames Arbeiten aufbauen. Zurzeit handelt es sich nur darum, gewisse politische Ziele durchzusetzen, für die die Interessengemeinschaft von Landwirtschaft und Industrie vorhanden und unbestreitbar ist. Diese Interessengemeinschaft gilt es auszunutzen, mit den Grenzen der Gemeinsamkeit, die eben als Grenzen auch sichere Grenzen sind.

Es handelt sich für uns um die praktische Aufgabe, die von der Wirtschaft allgemein als notwendig erkannte Verfassungsreform mit tauglichen Mitteln durchzuführen. Taugliche Mittel sind nach unsrer Ueberzeugung nicht der Weg der parlamentarischen Einflüsse, auch nicht der Weg der Personalpolitik für die Kabinettsbildung, solange das Kabinett dem „Einkammer-Absolutismus“ ausgeliefert ist. Helfen kann vielmehr nur die politische Aktion der Wirtschaft selbst, die ein politisches Ziel erreichen will und die die mannigfachen Möglichkeiten der Wirtschaftskrise dafür benutzt, um die politischen Widerstände zu brechen. Die Einzelheiten zu erörtern, ist weder nützlich noch notwendig. Ein politischer Wille findet immer den Punkt, wo der Hebel angesetzt werden muß. Aber heute fehlt der politische Wille. Die Verbindung von Industrie und Landwirtschaft zur politischen Aktion ist die Voraussetzung der Willensbildung sowohl als auch die Waffe, die den Kampf zum Siege führen kann. Aus dieser Erkenntnis fordern wir die Verständigung von Industrie und Landwirtschaft.

Daß dahinter noch weitere Wünsche stehen, welche auf die Bildung einer wirtschaftspolitischen Gesamtverantwortung abzielen, soll nicht verschwiegen werden; wir glauben, daß auch diese weitere Verständigung möglich sein wird, wenn einmal der Weg der politischen Zusammenarbeit gefunden ist. Aber vorerst wollen wir nur die Aktion, welche durch die Wirtschaftskrise und die Steuernot aufgezwungen ist.

Aus dem Inhalt:

Grüne Woche

Neuer Geist in der Finanzpolitik?
Von Dr. Heinz Brauweiler

Die Stellung der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten
Von Hans Karl Möller

Die Partei der Fünfhundert
Von Franz Schauwecker

Kritik der Presse

Neuer Geist in der Finanzpolitik?

Von

Heinz Brauweiler.

Lieblose Kritiker haben die Zustände in der öffentlichen Wirtschaft Deutschlands als einen Augiasstall bezeichnet, der von einem Herkules gereinigt werden müsse. Man kann den besonderen Vergleich ablehnen und doch der Meinung sein, daß in der Tat die Kraft eines Herkules notwendig sein werde, um das richtige Verhältnis zwischen Steuerkraft der Wirtschaft und Steuerbedarf der öffentlichen Gewalten wiederherzustellen. In weiten Kreisen hat man die Hoffnung gehabt, daß der neue Reichsfinanzminister etwas von der Kraft und der Unbekümmertheit des Herkules an sich haben werde. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß Herr Dr. Reinhold sich noch als ein solcher starker Mann erweist; immerhin macht es uns etwas bedenklich, daß er für den Anfang seiner Amtstätigkeit nicht das kraftvolle Zupacken, sondern das geschickte Kompromiß gewählt hat. Er wollte zugleich der Wirtschaft eine Freundlichkeit erweisen und der Sozialdemokratie eine Gefälligkeit. Bei der Wirtschaft wollte er sich einführen als der Mann, der erkannt hat, daß das Erwerbsleben unter dem Steuerdruck verblute, und der aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen ziehen will — also opferte er von den Steuersätzen so viel, daß die Einnahmeschätzungen sich um 550 Millionen verminderten. Der Linken gegenüber wollte er als der soziale Minister erscheinen, welcher vor allem diejenigen Steuern herabzusetzen gewillt ist, welche als besondere Belastung der breiten Masse gelten — deshalb setzte er die Umsatzsteuer herunter. Es hat nicht den Anschein, als ob diese „geschickte“ Taktik besonders erfolgreich sein werde. Die Sozialdemokratie erklärte sich einverstanden mit der Ermäßigung der Umsatzsteuer, aber keineswegs mit der Minderung der Steuerlast, sondern tadelte ernstlich, daß greifbare Gelder preisgegeben würden, die für sozialpolitische Aufgaben unbedingt notwendig seien. In den Wirtschaftskreisen aber kann man sich der Sorge nicht entschlagen, daß die Freude nur von kurzer Dauer sein werde, denn wenn die Wirtschaftskrise bleibt und die Zahl der Erwerbslosen nicht geringer wird, dann kostet die Erwerbslosenfürsorge das Reich mindestens 600 Millionen im Jahr, während der Haushaltsvoranschlag nur 100 Millionen vorsieht.

Ein Reichsfinanzminister, der die Herkules-Aufgabe lösen will, muß vor Allem ein klares wirtschaftspolitisches Ziel haben, und den Mut besitzen, dieses Ziel zu erstreben ohne jedes Zugeständnis nach Rechts oder Links, nach der Industrie oder noch der Arbeiterschaft. Er muß zweitens in die Finanzpolitik selbst den notwendigen neuen Geist hineinbringen können und wollen. Er muß drittens sich darüber klar sein, mit welchen Mitteln die wirksame Verminderung der öffentlichen Belastung erreicht und mit welchen Mitteln sie dauernd gesichert werden kann; er muß sich die Aufgabe setzen, diese Mittel rücksichtslos zur Anwendung zu bringen.

Daß Herr Dr. Reinhold gerade die Umsatzsteuer für das Experiment der Steuerermäßigung ausgesucht hat, erweckt Zweifel daran, ob er ein Finanzpolitiker von neuem Geiste ist. Es dürfte doch allmählich an der Zeit sein, daß die neugewonnenen Einsichten der Steuertheorie von der Praxis verwertet werden. Man weiß heute, daß alle Steuern, gleich ob direkte oder indirekte, in den Prozeß der Ueberwälzung und Rückwälzung eingehen. Man weiß heute, daß das Postulat der gerechten Besteuerung seine Bedeutung hat für die Zeiten normalen Wirtschaftsverlaufs, daß dagegen in Zeiten wirtschaftlicher Umwälzung die Versuche der „gerechten“ Besteuerung nur dazu beitragen, die Unruhe zu vergrößern und die Ansätze zur Gesundung immer wieder zu stören. Man darf die Auffassung haben, daß in einer Zeit wie der jetzigen die besten Steuern diejenigen sind, welche auf lange Zeit festgelegt und in ihrer Erhebung möglichst einfach und billig sind. Das Zugeständnis an die Sozialdemokratie, mit welchem Herr Dr. Reinhold seine Tätigkeit begonnen hat, läßt nur zu sehr befürchten, daß er die schlechten Wege der bisherigen Finanzpolitik weitergehen will.

Er bekannte sich zu dem Primat der Wirtschaftspolitik, indem er erklärte, daß zu wählen sei zwischen Steuererleichterungen oder Erhöhung unproduktiver Ausgaben

Handbuch der Politik.

In dieser Woche gelangte an die Bezieher des „Handbuches der Politik“ zum Versand: Außenpolitik II, 4; Dr. Fritz Hesse: Kolonial- und Wanderungsprobleme der Weltpolitik. — Prospekte für die beiden Lieferungswerke „Schule der Politik“ und „Handbuch der Politik“ kostenlos.

Ring-Verlag G. m. b. H.,
Berlin W. 30, Motzstr. 22.

Dieser Ausgabe des „Gewissens“ liegt ein Prospekt der Verlagsbuchhandlung Ferdinand Hirt in Breslau bei über eine neue Sammlung: Heilige und Helden des Mittelalters.

und daß er sich unbedingt für das erstere entscheide. In der Tat liegt hier der Kern des Problems. Aber Dr. Reinhold hat nicht glaubhaft machen können, daß die von ihm vorgeschlagene Steuerherabsetzung bewirken oder auch nur wesentlich dazu helfen könne, die Wirtschaftslage so zu verbessern, daß die unproduktiven Ausgaben vermindert werden. Unversöhnlich stehen hier die Ansichten einer interessenfreien Wirtschaftspolitik und der großen Interessengruppe einander gegenüber, welche ihren vorzugsweisen Vertreter in der Sozialdemokratie hat. Der Sozialdemokratie kommt es weniger darauf an, die Erwerbslosigkeit zu beseitigen, als für die Erwerbslosen durch Anrufen der Staatshilfe zu sorgen. Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nur dadurch möglich, daß die Arbeiter in ihre alten Betriebe zurückgeführt werden, die aber nur dadurch wieder in Gang gebracht werden können, daß die Produktionskosten vermindert werden. Vermindert einmal durch die Herabsetzung der öffentlichen Belastung in allen ihren Erscheinungsformen, vermindert auch durch die Verbilligung des Kostenfaktors Arbeit. In dieser Frage muß Farbe bekannt werden. Der gegenwärtige Konflikt zwischen der Reichsbahn und der Reichsregierung beweist, daß die öffentlichen Gewalten die soziale Fürsorge höher stellen als die Gesundung der Wirtschaft. Der Reichsfinanzminister müßte, wenn er sein wirtschaftspolitisches Bekenntnis wahr machen will, jede weitere Belastung der Wirtschaft, die unter sozialen Gesichtspunkten gefordert wird, verbieten. Wird er den Versuch dazu machen?

Er will die notwendige Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung durchführen. Es ist richtig gesehen, daß dafür nicht Personalabbau der zweckmäßige Weg ist, sondern Aemterabbau und Aufgabenabbau. Ueber diese Ankündigung ist die Programmrede nicht hinausgegangen. Mit allem Nachdruck muß darauf hingewiesen werden, daß dasjenige, was man bisher unter Verwaltungsreform zu verstehen pflegte, in der finanziellen Wirkung nicht übermäßig belangreich sein wird. Wenn man gewichtige Ersparungen machen will, so muß man schon sehr kräftig das ganze System anfassen. Man kann heute oft hören, daß an dem Reichsetat, d. h. an den Ausgaben der Reichsverwaltung nach Abzug der Ueberweisungen und des Kriegslastenetats, nicht viel gespart werden könne. Das ist durchaus richtig, wenn man die Aufgabe als „Verwaltungsreform" ansieht. Es ist nicht richtig, wenn man die kritische Besinnung gegen das System der Aufgaben und Zuständigkeiten wendet. Eine Finanzverwaltung, die neue finanzpolitische Wege gehen wollte, würde zweifellos ganz erheblich billiger sein als sie heute ist. Der amtliche Apparat würde sehr kräftig verringert werden können, und außerdem würde die Belastung der Wirtschaft durch die ehrenamtlichen Steuergeschäfte auf ein geringfügiges Maß herabgesetzt werden können. Aehnlich steht es mit dem Reichsarbeitsministerium. Man mache es zu einer Abteilung des Polizeiministeriums, das die Aufsicht zu führen hat über die soziale Ordnung, man nehme dem Reichstag die Zuständigkeit, jeden sozialpolitischen Wunsch auf Kosten des Reichs oder durch direkte Belastung der Wirtschaft zu erfüllen, und man wird sehen, welch außerordentliche Lastenverminderung hier möglich ist.

Aber es ist richtig, daß die Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung vor allem in den Ländern und Gemeinden wirksam gemacht werden muß. Soeben hat der Oberbürgermeister von Berlin, Herr Gustav Böß, in einer recht interessanten Broschüre „Wie helfen wir uns? Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg" einen Beitrag zur Sparsamkeitsaktion gegeben. Er verteidigt darin die Gemeinden gegen die Vorwürfe, daß sie an der Verschwendung der öffentlichen Gelder besonders schuldig seien. Das Material, das er darbietet, ist, wie gesagt, recht interessant. Wenn man berücksichtigt, wie schwer es für den außerhalb der Verwaltung Stehenden ist, einen näheren Einblick in die Geheimnisse der öffentlichen Finanzwirtschaft zu gewinnen, so darf man eine besondere Genugtuung haben, daß die seit längerem in der Oeffentlichkeit geführte Debatte nun die Angehörigen der verschiedenen Verwaltungsbereiche veranlaßt, einmal mit ihren Kenntnissen auszupacken. Sie tun es natürlich, um sich selbst zu rechtfertigen, und verraten dabei allerlei, was die anderen belastet. Auch Herr Böß leuchtet in manche dunkle Stellen der Reichsverwaltung hinein, vor allem aber wird er mit seinen Darlegungen recht unangenehm für Preußen. Er stellt z. B. fest, daß in der preußischen Haushaltswirtschaft der Besoldungsaufwand für 1926 gegenüber 1918 um 302,7 Millionen gleich 85,4 % höher ist, daß die Landessteuerlast in Preußen von 600 Millionen auf 1500 Millionen, also um 150 %, gestiegen ist, während die Steigerung im Reich 100 % und in den Gemeinden durchschnittlich etwa 50 % beträgt, daß Preußen, nach Abrechnung der Schutzpolizei von dem heutigen Etat und nach Abrechnung der auf das Reich übergegangenen Finanzverwaltung von dem Friedensetat, sich eine Personalvermehrung von 41 % geleistet hat. (In anderen Ländern steht es bekanntlich ähnlich; es sei etwa erwähnt, daß Hessen 1913 einen Ausgabeetat von 76 Millionen, 1925 einen solchen von 112 Millionen hatte.) Herr Böß macht weiter darauf aufmerksam, daß von der Ausgabenvermehrung der Gemeinden der größte Teil auf das Kapitel „Wohlfahrtspflege und Soziales" entfällt, dessen Finanzbedarf in Hundertteilen des Gesamtfinanzbedarfs von 12,3 % in 1913 auf 32,1 % in 1925 gestiegen ist, und daß diese Steigerung wesentlich auf die Belastung der Städte mit Wohlfahrtsaufgaben durch die Reichs- und Landesgesetzgebung zurückgeführt werden muß. Herr Böß beklagt sich mit Recht darüber, daß die Hauszinssteuer nicht, wie es der Sinn der Abgabe sein sollte, für die Erstellung neuer Wohnungen verwendet wird, sondern zu einem erheblichen Teile dafür bestimmt ist, das Defizit im Finanzbedarf der Länder zu decken und daß der hierfür bestimmte Anteil noch vergrößert werden soll.

Die Betrachtungen, die aus wirtschaftlichen Kreisen dem Sparproblem gewidmet werden, pflegen meist die Reichsverwaltung fast ganz zu entlasten und den Hauptangriff gegen die Finanzpolitik der Gemeinden zu richten. Vielleicht geschieht das, weil man in den Gemeinden den Ort des geringsten Widerstandes zu erkennen glaubt. Es dürfte geraten sein, die Richtigkeit dieser Taktik nachzuprüfen. Auf die Gefahr hin, etwas unsanft in das Problem Reich und Länder hineinzustoßen, das für viele ein Kräutchen Rühmichnichtan ist, muß der Rat gegeben werden, die Hauptaufmerksamkeit auf die Länderverwaltungen zu richten, auf ihren parlamentarischen und verwaltenden „staatlichen" Apparat; und man wird dabei auch an der Frage nicht vorbeigehen dürfen, ob insbesondere die beiden großen Zentralverwaltungen, die in Berlin sitzen und einen erheblichen Teil ihrer Tätigkeit im Gegeneinanderregieren erfüllen, auf die Dauer finanziell tragbar sind.

So etwa wäre der Aufgabenbereich einer Verwaltungsreform abzustecken, die zu wirksamen Ersparungen führen soll. Aber es ist noch ein anderer Fehler im herrschenden System, der gründlich beseitigt werden muß.

Herr Dr. Reinhold hat sich dazu bekannt, daß auch eine formale, budgetrechtliche Garantie für die Sparsamkeit geschaffen werden muß. Er empfiehlt das englische Vorbild, nach welchem die Initiative der Ausgabenerhöhungen der Regierung vorbehalten sein soll. Diese Garantie ist ungenügend, sie muß ergänzt werden durch eine Sicherung gegen wirtschaftspolitisch ungerechtfertigte Einnahmeerhöhungsbeschlüsse des Parlaments, sie muß weiter ergänzt werden durch ein entsprechendes Garantiesystem in den Ländern und in den Gemeinden. Sie muß endlich dahin ergänzt werden, daß die Hemmung in der finanzpolitischen Gesetzgebung nicht kraftlos gemacht wird durch die Aeußerungen der übrigen Gesetzgebungsgewalt, welche andere Belastungen an die Stelle der Steuern zu setzen geneigt sein könnte. Es soll nicht verkannt werden, daß der Reichstag vielleicht bereit ist, durch die gewünschte „Selbstbeschränkung" dem zeitigen Finanzminister die Arbeit etwas zu erleichtern. Ob ein anderer Finanzminister das gleiche Entgegenkommen genießen würde, ist schon fraglich. Noch fraglicher ist, ob die Selbstbescheidung auch dann noch beobachtet werden wird, wenn die Wirtschaftslage wieder besser geworden sein sollte. Auf die Dauer gesehen, kann jedenfalls das von Herrn Dr. Reinhold vorgeschlagene Mittel nicht genügen. Es wäre interessant zu wissen, ob er bereit sein wird, aus seiner Erkenntnis auch die weiteren Folgerungen zu ziehen. Ist er nicht dazu bereit, so wird seine Amtsführung die von seinen Vorgängern erzielten Erfolge kaum übertreffen.

Die politische Woche.

Der Generalsekretär des Völkerbundes trifft zu Besprechungen in Berlin ein.

*

In Verfolg der sozialistischen Propaganda für die Fürstenenteignung entschließt sich die deutsche Reichsregierung zur Zulassung eines entsprechenden „Volksbegehrens". — Eine karrikaturistische Zeichnung der „Roten Fahne" weist die Kommunisten auf den kürzeren Prozeß der Guillotinierung der Fürsten nach französischem Revolutionsmuster hin. — Die „Rote Fahne" veröffentlicht laufend die Summen, die ihr von deutschen Arbeitern für die parlamentarische Enteignungsforderung überlassen werden.

*

Nach bukarester Meldungen wird während des März in Moskau ein Kriegsrat tagen, der sich mit den Möglichkeiten eines asiatischen Feldzuges der russischen Armeen befassen soll. — Die russisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen werden erneut vertagt. — Benesch erklärt im prager Parlament die tschechische Bereitschaft zu einem Garantiepakt mit Ungarn, den er als mitteleuropäischen Garantiepakt bezeichnet. — In Paris kommen die Verhandlungen zum Abschluß über einen Vorvertrag zum deutsch-französischen Handelsvertrag, ohne daß bei diesem die deutsche Wirtschaft nennenswerte Vorteile erzielt.

*

Im prager Parlament kommt es in Verfolg der tschechischen Unterdrückungsmaßregeln gegen die Minderheiten zu Tumulten. — In Ostoberschlesien verhaften die Polen ohne Angabe von Gründen einundzwanzig angesehene Vertreter des Deutschtums. Berginspektor Lamprecht stirbt den Märtyrertod. — In Meran beschlagnahmen die Faschisten reichsdeutsches Eigentum und weisen es der „Opera nationale" zu. — Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete gibt der Regierungsvertreter zu, daß von den 170 in französischen Gefängnissen eingekerkerten Deutschen ein erheblicher Teil wegen Verstoßes gegen Rheinlandordonnanzen von den Franzosen festgehalten wird.

*

Der Haushaltsausschuß des Reichstages kürzt den Reichswehretat. — Der Haushaltsausschuß des Reichstages kürzt den Marineetat. — Der deutsche Reichstag streicht die Mittel für den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

*

In Elsaß-Lothringen schließen sich die Eisenbahnverbände mit der einheimischen Beamten- und Lehrerschaft zusammen in der Absicht, „die Rechte der unterdrückten nationalen Minderheit (Heimatrechte) durchzusetzen". — In Elsaß-Lothringen bemüht sich die französischsprachige Presse um den Nachweis, daß Elsaß-Lothringen überhaupt keine „nationale Minderheit" sei, und daß von einer Unterdrückung nicht gesprochen werden könne. — Die französische Kammer nimmt Briands Finanzprojekt an.

*

In deutschen parlamentarischen Kreisen erwartet man lebhafte Auseinandersetzungen im Reichstagsplenum über die Frage, woher das Geld genommen werden solle für die vom sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungen. — Der deutsche Reichsfinanzminister trägt dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags Pläne vor, durch die er der Arbeitslosigkeit „auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten" abhelfen will. — Zwischen Kabinett und Regierungsparteien kommt eine Verständigung über die Erwerbslosenunterstützung zustande.

Wir haben das Unglück, daß die Menschen unendlich selten sind, die einen soliden und hervorstechenden Verstand mit praktischem Geschicke verbinden; unsre wahren Praktiker sind gewöhnlich platte Köpfe oder Gemüter, und die ausgezeichneten Geister sind in beständigen Abstraktionen weit von der wirklichen Welt entfernt. Clausewitz.

Die Partei der Fünfhundert.

Von

Franz Schauwecker.

Mit seiner politischen und kriegerischen Tätigkeit steht und fällt, auf dem Boden der Kultur ruht ein Volk. Der deutsche Nationalismus, der dies begreift, will nicht nur Einheit, Freiheit und Macht aller Deutschen, sondern überdies eine Kultur, die das Wesen des Deutschtums zur Entfaltung und Erfüllung bringt. Dazu wendet das in seiner Männlichkeit heute geknickte deutsche Volk, das nicht mehr tun kann, was es weiß, und einmal gewußt hat, was es tat, zur Zeit ein Mittel an: die politische Partei.

Die politische Partei, im ganzen genommen, ist der Ausdruck einer liberalen Parlamentsvergangenheit, die an der unrechten Stelle, nämlich in Deutschland, sich einer Gegenwärtigkeit erfreut, die zwar Hans Dampf in allen Gassen und Geschäften ist, trotzdem aber nicht die Zukunft hat, die des Reiches und Volkes ist.

Die Partei ist etwas, denn es gibt sie. Aber sie gibt uns nichts. Abgesehen von tagespolitischen Ereignissen hat es keinen Zweck, von irgend einer Partei im besonderen zu reden, denn sie sind allesamt nur die verschiedenen Aeußerungen einer einzigen Hoffnungslosigkeit; sie interessieren, da sie einmal vorhanden sind, nur im allgemeinen, worin sie sich zum Verwechseln ähnlich sind, wie der Geschäftsgang hinter verschiedenen Aushängeschildern, hinter denen man gleichmäßig unentwegt seine Eisen im Feuer, seine Schweine im Stall und seine Wechsel auf Wanderschaft hat.

Im Notfall gestattet es das große Wunder der Anonymität, jederzeit alles auf den andern zu schieben, der es entweder sogleich weiter verschiebt oder niemals hier, sondern stets dort ist, wo man selbst nicht ist, gleich dem Glück, das man nicht hat, und wie die Schecks, die man nicht besitzt, und die, wenn man sie hat, ohne Deckung sind. Man muß es den Parteien lassen: ihr Zusammengehörigkeitsgefühl ist außerordentlich stark, die Gefechte auf der Bühne haben sie immer hinter den Kulissen verabredet, und was sie im Plenarsaal an einander schlecht gemacht haben, das machen sie im Restaurant wieder gut. Es ist nicht böse, es sieht nur so aus. Für den Seelenfrieden ihrer Mitglieder sind Parteien etwas ganz Wundervolles. Für den Kritiker sind sie unentbehrlich. Für die Nation sind sie ein Fluch.

Es ist nie ein bestimmter Mensch, geschweige denn ein Mann, der verantwortlich aufsteht, wenn die Rede von den Nöten des Gewissens und von den Qualen des Herzens ist, sondern regelmäßig erhebt sich ein Herr, verweist mit einer achselzuckenden Verbeugung auf einen nicht anwesenden Herrn und zeigt spiritistisch auf den materialistischen Geist der Partei, die gar nicht gestorben sein kann, weil sie in Wahrheit noch nie gelebt hat.

Die Partei aber ist unverantwortlich durch die Taktik der Verschiebung der Verantwortung gleich den Steinen im Halmaspiel. Und die Verfassung leitet die Verantwortung vermittels des notwendigen Vertrauens von dem Präsidenten auf die Minister, von den Ministern in den Reichstag, vom Reichstag in das Volk von sechzig Millionen, unter denen sie spurlos verschwindet. Daneben geht eine geheimnisvolle Linie vom Annoncenakquisitör über den Journalisten zum Abgeordneten und verdunstet im Bodenlosen.

Es gibt eine große Frage in Deutschland: wo ist der Verantwortliche? Sie wird gelöst mit dem Spiel: verwechselt das Bäumchen. Wo ist der Mann, der sein Regierungsamt übernimmt unter der Voraussetzung, im Falle des Mißlingens auch nur mit seinem Vermögen, geschweige denn mit seinem Kopf zu büßen? Nein, nein — das ist kein ernster Vorschlag, es ist nur eine rhetorische Frage, die eine Kennzeichnung enthält. Denn die Buße ist ein mittelalterlicher Begriff. Für sie gab es zwar einmal den Ablaß, dennoch stand ein Kaiser im Schnee von Canossa. Heute gibt es die Strafe. Für sie gibt es das Gesetz. Für das Gesetz gibt es die Advokaten und die Psychopathen und die Sanatorien und, wenn es ganz bösartig wird, die langsame Abwürgung der Prozesse im Stil von Barmat.

Die deutsche Demokratie, für die ein neues Wort erfunden werden muß, macht sich die Parteien von links bis rechts, um das Volk im Namen des Volkes durch das Volk für das Volk zu benebeln. Das Schlimmste, das es in der Demokratie gibt, ist die Enthüllung der nackten Wahrheit. Das ist begreiflich, denn die demokratische Wahrheit sieht sehr häßlich aus. Deshalb zieht sie es vor, sich zu kostümieren und zu schminken. Aber noch nie ist die verkleidete Wahrheit Wahrheit geblieben. Manchmal entkleidet sich in der Demokratie die Lüge, was ganz entsetzlich ist. Dann wird sie zum kahlen Schwindel und erregt öffentlichen Skandal. Alle Zeitungen reden mit Wollust davon, aber sie sorgen dafür, daß es morgen vergessen wird. Wenn sie es nicht täten, wären sie nicht Tagespresse und Parteiorgane, die einem unschönen Zweck dienen. Der Liberalismus wußte, was er tat, als er den Ausscheidungsteil erschuf, der auf französisch gazette heißt.

Manchmal bringt die Zeitung Bildbeilagen und illustriert die Geschichte, die sie verfälscht. Das ist ein gutes Werk, denn die Photographie lügt zuweilen nicht, wenn sie auch nur aus Versehen die Wahrheit zeigt. Es gibt solche Lichtbilder. Auf einem sahen wir einen Außenminister neben einem Ministerpräsidenten, der in Deutschland seit Bismarck an dessen Beinamen „Reichskanzler" schwer leidet. Sie stehen nebeneinander und sehn zum Verwechseln aus. Sie sind nicht mehr zu unterscheiden. Sie lassen sich beliebig vertauschen. Man weiß nicht mehr, wer der eine ist. Man fühlt: jeder ist der andere. Es ist das Doppelgesicht der deutschen Politik, das da lächelt. Es ist das diplomatische Lächeln angesichts Versailles und Dawespakt. Es ist ein Symbol. Ein Wappen.

Seitdem hat ein Mann, namens Lambach M. d. R., in dem ernsten Bestreben, ein möglichst porträtähnliches Bild des deutschen Parlamentarismus, wie er wirklich ist — zum Brechen ähnlich — zu entwerfen, ein Buch geschrie-

Die Stellung der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten.

Von Hans Karl Möller.

Während die Regierung Coolidge bisher innerpolitisch gut Wetter hatte, sind seit einiger Zeit Wolken am innerpolitischen Horizont aufgezogen. Die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten im Allgemeinen und die Farmerschaft im Nordwesten im Besonderen, werden langsam müde, das Schlagwort: „keep cool with Coolidge" (zu Deutsch etwa: Halte Dich kühl mit Kühlitsch) weiter am eigenen Leibe zu erproben. Die Farmerschaft erklärt, nicht mehr länger gewillt zu sein, „mit kalten Füßen vor der Tür zu stehen" und sich dabei einen schweren wirtschaftlichen Schnupfen zu holen. Die Farmer sehen die nicht abzuleugnende wirtschaftliche Prosperität, den die gut organisierte Verwaltung dem Lande beschert hat, und an dem, nach den Worten des Staatssekretärs Mellon „praktisch alle Kreise des Landes teilnehmen". Aber die republikanische Partei, die augenblicklich an der Regierung ist, hat ihr Hauptaugenmerk bisher auf das Aufblühen der Industrie gelegt. Die Landwirtschaft bildete innerhalb dieser Partei keinen ins Gewicht fallenden Faktor. Die Ohnmächtigkeit der demokratischen Partei, die einzig und allein als Opposition Bedeutung hat, trat bei der letzten Präsidentenwahl, infolge der Unfähigkeit ihrer Führer, insbesondere Davis, kraß hervor. Der Farmerschaft fehlte bis jetzt eine straffe Interessenvertretung innerhalb der Regierung und innerhalb des Parlaments.

Um die Farmerschaft zu beruhigen, gab nun die Regierung einen Bericht über die Lage der Landwirtschaft heraus und ließ ihn verbreiten, der der Wirklichkeit geradezu Hohn spricht. Gewiß haben sich seit 1921 die Verhältnisse in der Landwirtschaft, dank einem leichten Anziehen der Vieh- und Weizenpreise, etwas gebessert. Aber die Landwirtschaft ist nach wie vor schlecht genug daran, da das Preisniveau der Waren des täglichen Bedarfs, sowie der landwirtschaftlichen Maschinen undsoweiter viel höher ist, als der Erlös für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Es kommt hinzu, daß viele amerikanische Farmer mit ihrem Boden einen gewissen Raubbau getrieben haben, und daß sie jetzt, wo die Tragkraft des Bodens nachläßt, von der extensiven Bearbeitung zur intensiven übergehen müssen und hierfür bedeutende Mittel nötig haben, wenn dieses Vorgehen Erfolg haben soll.

In diesem Zusammenhang muß auf die Bedeutung hingewiesen werden, die die Landwirtschaft mit der von ihr abhängigen Bevölkerung für die Vereinigten Staaten hat. 60 Millionen Einwohner, also mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung leben in Städten und Dörfern unter 5000 Einwohnern, und hängen direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab. Dieses zahlenmäßige Uebergewicht der Land- und Kleinstadtbevölkerung spielt für das gesamte Geschäftsleben natürlich eine bedeutende Rolle. Daher waren die Jahre, in denen die Vereinigten Staaten von einer Mißernte heimgesucht wurden, in volkswirtschaftlicher Beziehung Katastrophenjahre. Vor dem numerischen Uebergewicht fürchtet sich auch die Regierung in Washington. Wenn es gelingen sollte, die ganze von der Landwirtschaft abhängige Bevölkerung auf einen Generalnenner zu bringen, würde diese Gruppe möglicherweise ausschlaggebend werden. Bei uns in Deutschland ist der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung vergleichsweise geringer. Die Zahl der in der deutschen Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten, nebst Angehörigen, übersteigt nicht 16½ Millionen Menschen, beträgt also knapp ein Viertel unserer Gesamtbevölkerung, und diese verfügen nicht über die Kapitalkräfte der amerikanischen Farmerschaft. Wie stark deren Kaufkraft ins Gewicht fällt, mag man aus der Tatsache entnehmen, daß 72% aller Automobile — bei einer Gesamtzahl von 20 Millionen — von Leuten gekauft und benützt werden, die in Städten und Dörfern unter 5000 Einwohnern leben, also zur landwirtschaftlichen Interessensphäre gehören. Viele große Geschäftsunternehmungen mit Millionenumsätzen sehen nicht die Städte mit den imponierenden Einwohnerzahlen, sondern das flache Land und die kleinen Ansiedlungen als den aufnahmebereiten Markt an.

Die Presse in den ländlichen Distrikten ist gut organisiert und könnte der Landwirtschaft, falls diese geschlossen den Willen aufbringt, etwas durchzudrücken, die besten Dienste leisten. 7000 Zeitungen versorgen die ländlichen Gebiete mit Nachrichten, und diese „Landpresse", wie man sie im Gegensatz zur „Stadtpresse" bezeichnen kann, ist an sich auf die Interessen des Farmerstandes eingestellt. Sie verfügt auch über eigene Nachrichtenbüros, durch die sie das Nachrichtenmaterial ohne entstellende Tendenz erhält. In der Beurteilung irgend einer landwirtschaftlichen Frage weichen denn auch die Kommentare der Großstädter, die fast ausschließlich von der konsumierenden Bevölkerung gelesen werden, sehr von der „Landpresse" ab, die die Interessen der Landwirtschaft und des ihr nahe stehenden Kleinbürgers vertritt. Die „Landpresse" könnte jeden Augenblick zu einem starken Machtinstrument ausgebaut werden, wenn es gelingt, in innerpolitischen Fragen eine einheitliche Zielsetzung zu erreichen und von einer Zentralstelle aus deren Durchführung zu leiten.

Roosevelt hatte erkannt, daß der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten neue Wege gewiesen werden müßten, wenn sie dieselbe Prosperität erreichen sollte, wie die glücklichere amerikanische Industrie. Die landwirtschaftliche Reorganisation sollte die Basis für eine Erneuerung der republikanischen Partei abgeben. Diese Partei hatte seinerzeit den Industrie- und Bankenmechanismus Amerikas aufgebaut, durch Ausbau des Korporationsrechtes, durch Schutzzölle, durch Privilegien undsoweiter. Heute haben die Trusts, die großen Industrien, und die Banken das Heft in der Hand, und die vielbeschäftigte Regierung hat sich mit der prekären Lage der Landwirtschaft überhaupt kaum befaßt.

Eine besondere Schwierigkeit liegt in der psychologischen Tatsache, daß der Farmer möglichst schnell ein Geschäftsmann werden möchte, wie es der Industrielle und der Bankier ist. Er verlangt sofortige Hilfe und verlangt Sondervorrechte. Er will Preiserhöhungen durchsetzen und seine Gestehungskosten durch Verminderung der Frachtsätze ermäßigt sehen. Aber die Kosten für diese Umstellung, die ihm die Mittel zu einem noch großzügigeren Ausbau seiner Anlagen liefern sollen, können natürlich nur von der Allgemeinheit, und das hieße in diesem Falle: von der Stadtbevölkerung aufgebracht werden. Einerseits sind ungeheure Kapitalneuinvestitionen erforderlich, und anderseits kommen bedeutende Preisheraufsetzungen für die landwirtschaftlichen Produkte in Frage, die ein Hinaufschnellen der Kosten der Lebenshaltung in der ganzen Union herbeiführen würden.

In der Außenpolitik könnte das Vorgehen der Farmerschaft zu Ueberraschungen führen. Die Farmerschaft will die Schulden von Frankreich bis auf den letzten Cent hereinhaben, damit auf diese Weise die Mittel gestärkt werden, die zu ihrer eigenen Betriebsumstellung nötig sind. Die Farmerschaft verlangt ferner Herabsetzung der Zölle. Ueberdies befinden sich in der Farmergruppe die heftigsten Gegner des Internationalen Gerichtshofes des Völkerbundes, sowie überhaupt jeder Bindung an Europa. Das Vorgehen der Farmer liefert der demokratischen Opposition das ihr fehlende Programm und bedroht auch so die Regierung. Der Vorstoß der Farmer könnte, wenn er durchgesetzt wird, zu einer Schwenkung der amerikanischen Außenpolitik, zu einer völligen Wiederabkehr Amerikas von Europa führen.

Kritik der Presse.

Philipp Scheidemann, der als Seiner Majestät allergetreueste Opposition es noch rechtzeitig fertiggebracht hatte, bis zum Minister mit dem Titel Exzellenz zu avancieren, um dann weiterhin als wohlbestallter Oberbürgermeister von Cassel eine leider durch die Umstände nicht all zu sehr begünstigte Revolutionsgewinn-Position wahrzunehmen, kann heut nicht anders, als seine Angst vor dem unsterblichen Rechtsputschismus durch geharnischte Aufsätze abzureagieren. Der „Vorwärts" bringt soeben einen Aufsatz dieses typischsten aller S.P.D.-Funktionäre über „Organisiertes Putschismus" und das „8-Uhr-Abendblatt", zu dessen redlichsten Mitarbeitern Scheidemann seit der Revolution gehört, attestiert die Bedeutung dieser Veröffentlichung ohne Rücksicht auf den Unsinn und die Oberflächlichkeit des Inhalts. Scheidemann gehört zu den Männern, die auch auf der Linken restlos abgewirtschaftet haben. Angesichts der heute sich entwickelnden neuen Radikalisierung der Sozialdemokratie bemüht sich auch Herr Scheidemann um neue Popularitätserfolge. Immerhin entbehrt der Bericht und die Zusammenstellung der Rechtsorganisationen, die Scheidemann bringt, nicht eines gewissen Interesses. Oberst Nicolai sei an der Arbeit. Das Victor Hahn-Blatt weiß sogar, daß Herr Nicolai sich in Angora aufhält, um über die Türkei Verhandlungen mit Rußland zu pflegen. Den Russen wäre allerdings Nicolai gerade recht, um eine geschickte bolschewistische Propaganda in den Reihen deutscher Nationalisten zu propagieren, eine Propaganda, vor der offenbar gerade die S.P.D.-Leute es immer wieder mit der Angst bekommen. Es wird auch eine, propagandistisch recht wirkungsvolle, Organisationsskizze veröffentlicht, wie wir sie aus den amtlichen Veröffentlichungen der Kriegszeit kennen; die Achtung vor einer straffen militärischen Organisation steckt offenbar Herrn Scheidemann noch stark in den Gliedern. Oberst Nicolai an der Spitze. Hugenberg als stärkster Finanzorganisator zur Seite, dessen „besonders in Berlin betriebene Propaganda ungeheure Summen verschlingt". Um die Ecke geht die Verbindung zur Schwarzen Reichswehr hinüber, über „eine in hohem Maße bedeutungsvolle Stelle", die Scheidemann nicht namhaft macht, „um die Untersuchungstätigkeit des Fememordausschusses nicht vorzeitig zu verschütten. Es ist anzunehmen, daß Scheidemann im Landtagsausschuß im richtigen Augenblick mit diesen Namen und anderen Einzelheiten hervortreten wird." — Als ausführendes Organ dieser bedeutungsvollen Zentrale werden dann nebeneinander die vaterländischen Verbände unter Graf Goltz, mit dem Stahlhelm, der Organisation Ehrhardt, undsoweiter genannt, wird die „Deutschnationale Partei mit ihren Zeitungen „Deutsche Tageszeitung" und „Kreuz-Zeitung" aufgeführt, die sogenannte Hugenberg-Presse, Scherlpresse, Telegraphen-Union, mit ihren über hundert angeschlossenen Provinzblättern nicht zu vergessen, die Bayrische Presse, die von Professor Coßmann inspiriert wird. Dann kommt der Alldeutsche Verband unter Führung von Claß mit der „Deutschen Zeitung", die völkischen Verbände mit ihrem politischen Dirigenten Reventlow, ein „spezieller Nachrichtendienst, der das Material gegen Mißliebige" sammelt und zum Schluß auch der „Herrenklub", von dem offenbar Herr Scheidemann etwas hat läuten hören, da er in Verbindung damit unsern Mitarbeiter Heinrich von Gleichen nennt. Den uns befreundeten Kreisen gibt diese summarische Zusammenstellung mit strenger militärischer Untergliederung unter ein befehlsgeübtes Direktorium wenigstens das Eine zu denken, daß in der Tat die Linke allen Respekt haben müßte, wenn diese „große Armee" mit ihren entsprechenden Korps und Unterverbänden einheitlich gerichtet und einheitlich geführt würde. Wir geben Herrn Scheidemann und seinen Freunden zu, daß das eine respekt- und vielleicht auch furchterweckende Großorganisation bedeuten könnte, die es wahrscheinlich gar nicht nötig hätte, sich mit putschistischen Experimenten aufzuhalten — wenn, ja wenn sie in einheitlicher Ordnung bestünde. Wir möchten sogar noch weitergehen und ruhig bekennen, daß das ein von den meisten unserer Freunde gereifter, wenn auch leider der Wirklichkeit gegenüber nur all zu frommer Wunsch sein dürfte. — Herr Scheidemann meint allerdings aus seiner Uebersicht schließen zu können, daß die Dinge bereits sehr weit gediehen seien, wenn auch eins noch fehle, nämlich: der Jungdeutsche Orden des Herrn Mahraun! Wie gesagt, nach jener negativen Seite hin, d. h. nach der Seite unseres frommen Wunsches, erscheint uns die Auslassung des „Vorwärts" von gewissem Interesse. Immerhin konnte es nicht unterbleiben, daß sowohl der Deutsche Herrenklub wie auch Heinrich von Gleichen ihren Anwalt beauftragt haben, den „Vorwärts" zu einer pressegesetzlichen Richtigstellung dieser Schwindelmeldung zu nötigen mit der Erklärung: an einer derartigen Verbindung mit dem Obersten Nicolai und der Hugenberg-Zentrale ist kein wahres Wort. Das ganze sind Wichtigtuereien eines politischen Komödianten, der eben nicht mehr im Bilde ist, und der das Erlebnis nicht vergessen kann, das als Folge seiner die nationalen Interessen allzu sehr schädigenden öffentlichen Manifestationen ausgelöst wurde. Gerade daß er heute den Mut hat, mit derartigen Angriffen wieder herauszutreten, zeigt deutlich das Gefühl der Sicherheit, in dem er sich im Schutze des Reichsbanners wieder wiegt. Wir aber möchten eigentlich die Abfertigung solcher Albernheiten mehr seinen eigenen Getreuen überlassen, wenn wir nicht ein bitteres

---

hen, das „Die Herrschaft der 500" heißt und in Wort und Bild das Wesen des deutschen parlamentarischen Arbeitens schildert. Das M. d. R. tut das, indem es die Tätigkeit eines Abgeordnetenneulings von der ersten Wahl bis zur Reichstagsauflösung und Neuwahl begleitet und die Erlebnisse dieses Zeitraums im Gemütsspiegel dieses Abgeordneten vorführt. Da erscheinen Wahl, Fraktion, Reichstagseröffnung, Regierungsbildung, Entstehung einer Gesetzesvorlage, außerparlamentarische Einflußnahme, technische Hilfsmittel, Gesetzesverkündigung, Haushaltsberatung, große Heiterkeit und mit einem Wort sage und schreibe: die Partei.

Lambach ist deutschnationaler Abgeordneter und, man muß es schon annehmen, im Prinzip Anhänger des Parlamentarismus, der ihm heute noch nicht gereinigt und vollkommen genug und nur der Reform bedürftig erscheint.

Ein Buch spricht am besten für sich selbst, namentlich wenn außerdem in ihm ein Prinzip folgendermaßen aus sich selbst spricht:

„Er (der Abgeordnete) ist nicht mehr wie im kaiserlichen Deutschland, Kontrollorgan, sondern Selbstschöpfer. Die Regierung hat auszuführen, was die Mehrheit, an deren Bildung er in jedem Falle Anteil hat, beschließt."

„Ein und derselbe Mann beschließt also an einem einzigen Tage über:

„Wochenhilfe, Unfallrenten, Aufrichten eines neuen Prangers, Devisenhandel, Aufhebung von Gefängnisstrafen, Schießen auf Flüchtlinge, Versorgungsangelegenheiten, Rechtsverhältnisse elsässischer Beamter, Einkommensteuer, das Gehalt des Reichspräsidenten, unzähliger anderer Behörden, Bauten, Gehälter, Postgebühren, Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte, Zustände in einer Strafanstalt, die er nie gesehen hat, Beseitigung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge, Erhöhung der Diäten . . — —"

Staunend liest's der anbetroffene Leser: Hier ist ein Genius am Werk. Ein Selbstschöpfer. Die Erhöhung der Diäten, freie Fahrt in beliebiger Wagenklasse auf allen Eisenbahnstrecken und ein ewiger Parlamentarismus. Sela.

„Faulenzen tun nur wenige. Mehr als die Hälfte aller Reichstagsabgeordneten schuftet Tag für Tag regelrecht seine zwölf Stunden herunter. Weil die Widerstände so groß sind, kann trotzdem der Erfolg nur klein sein. Zuhören — bitte, Herr Wähler oder Zeitungsmann, hören Sie doch gefälligst mal 250 Tage im Jahre je zwölf Stunden lang zu, wenn geredet wird . . . ."

„Die man bei Schiebergeschäften ertappt hat, beweisen nur, daß die Verquickung der parlamentarischen Tätigkeit mit dem Geschäft zu einem schlimmen Ende führt. — Die Geister des Hauses aber, die durch ihre Arbeit als Parlamentarier wirtschaftlich ruinierten Abgeordneten beweisen, daß Parlamentarier werden heißt: Gefahren eingehen, die niemand vorausahnt."

Wir ahnten es schon immer: Sie schuften sich Tag für Tag herunter, indem sie 250 Tage lang je zwölf Stunden zuhören. Es muß entsetzlich sein, immer bloß zuzuhören, wenn andere reden, zwölf Stunden lang. Trotzdem kann der Erfolg nur klein sein, weil die Widerstände so groß sind, aber das Geschäft kann sehr groß sein, wenn man nur nicht dabei ertappt wird. Das führt zu einem schlimmen Ende. Denn wenn einer Gefahren eingeht, die niemand vorausahnt, findet er sich als Parlamentarier wieder. Die Geister des Hauses aber beweisen den wirtschaftlichen Ruin.

„Zu jedem Paragraphen kann geredet werden . . ."

„Sicherheben oder Sitzenbleiben, das sind Streitaxt und Hellebarde des Parlamentariers. Im Ernstfalle treten noch die roten, weißen und blauen Abstimmungskarten hinzu. Im anderen Falle der Hammelsprung! Selbst die beleibtesten Herren können ihn noch mitmachen. Die ganze Kunst besteht darin, entweder durch die Ja-Tür oder durch die Nein-Tür in den Saal zu kommen und sich beim Ueberschreiten der Schwelle zählen zu lassen."

Der Körperteil, mit dem er sich erhebt oder sitzen bleibt, ist Streitaxt und Hellebarde des Parlamentariers. Die Phantasie hat Spielraum. Im Ernstfalle aber raffen sich die Abstimmungskarten auf und treten — wie machen sie das? — einfach hinzu. Anderenfalls der Hammelsprung! Selbst die beleibtesten Herren sind, abgesehen von der Diätenempfängnis, dazu imstande.

„Wer auf diesem Instrument (Nachrichtendienst) zu spielen verstände, wie Erzberger es gekonnt, wie Stresemann, der müßte bald ein Großer werden können unter den 500!"

So ist es!

„5733 Seiten hat die Nationalversammlung in 180 Sitzungen geredet, 12 830 Seiten der erste Reichstag der Republik in 411 Sitzungen, der kurze Reichstag hat in 29 Sitzungen 1150 Seiten geredet."

Es wird überall geredet: in den Stunden der Plenarsitzungen im großen Saal, zwei Treppen hoch in den vielen schönen und großen Sitzungszimmern der Kommissionen, die man jetzt „Ausschüsse" nennt, jeden Morgen ein Dutzend nebeneinander. Es wird immer noch mehr geredet, denn es gibt neun Fraktionen. Alle diese Fraktionen halten täglich ihre Fraktionssitzungen ab. Und reden. Reden. Reden. Es wird einem schwarz vor Augen. Es ist nicht schlecht, aber es muß einem schlecht werden. Man sieht einen Menschen, den Abgeordneten, freiwillig und freudig in eine Maschine hineingeraten und darin verschwinden, samt seinem persönlichen Gewissen, dem allein er, frei nach der Reichsverfassung, verpflichtet ist. Und heraus kommt immer wieder und um jeden Preis und überall und unbedingt die Fraktion, die Partei, der Parlamentarismus . . mit einem Wort, der Apparat.

Lambachs Buch bringt über 50 Momentaufnahmen von Abgeordneten. Und es wird einem klar: in der Momentaufnahme ist der Geist des Parlamentarismus völlig enthalten. Ein Moment hat genügt. Er ist so tief wie die lichtempfindliche Schicht auf der Glasplatte.

Hinter, über, unter, neben all dem, neben Momentphotographie und Reden, über Hammelsprung und Ausschuß, hinter Verquickung und schlimmem Ende steht unentwegt die Partei. Von Kultur ist bei ihr so gut wie keine Rede. Sie kultiviert nur sich selbst. Im übrigen verlegt sie alle Kultur in Ausstellungsfeier, Nachrichtendienst, Kodak und Unterhaltungsroman, und natürlich kann sich die deutsche Kultur von vier solchen Schlägen nicht wieder erholen. Hier wächst nichts mehr. Hier wuchern nur noch Tendenz und Phrase. Wir wurden einmal belehrt: Wirtschaft sei Schicksal. Nun, hier liegt ein Ergebnis von Wirtschaft vor, in der das Schicksal längst zum Verhängnis für die Nation geworden ist.

Gefühl bei allen derartigen Feststellungen empfinden müßten: daß die nationale Front derjenigen Geschlossenheit entbehrt, die immer wieder von den Gegnern an ihr gerühmt wird. Diese Geschlossenheit ist nicht vorhanden. Sie ist vor allem nicht vorhanden, wenn ihre Organe immer wieder in die eigne Front zielen und schießen, wenn ihre Führer nicht den Verstand besitzen, zwischen schwarz und weiß zu unterscheiden, wie das nun einmal wieder der „Jungdeutsche“ sich leistet, der in einem niveaulosen Leitartikel es fertig bringt, Philipp Scheidemann ernst zu nehmen. Erst Rechberg, dann Scheidemann ernst nehmen, — da ist wenig zu helfen.

*

Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ hat einen Aufsatz von Oberst Nicolai über Arnold Rechberg gebracht, bei dem der Verfasser auf den „Fall Rechberg“ zu sprechen kommt, der seinerzeit im Kriege in unterrichteten Kreisen ziemlich viel Aufsehen erweckte; Rechberg befand sich beim Oberkommando des Kronprinzen und hatte sich vom Auswärtigen Amt einen Auftrag zu einer Reise nach Belgien verschafft, was zu einem Einschreiten von zentraler Stelle aus führte. Rechberg wurde verhaftet, ohne daß das Verfahren gegen ihn zu einem Ergebnis geführt hat. Nicolai kommt auf diesen Vorgang zu sprechen, da er sich durch die Schwere der neuerdings gegen ihn erhobenen Vorwürfe und ihre Verbreitung durch die jungdeutsche Presse zu der Erinnerung an jenen Vorgang gezwungen fühlte, den er übrigens auch in seiner bekannten Buchveröffentlichung erwähnt hat. Der „Jungdeutsche“ beschäftigt sich mit diesem Aufsatz, bringt ihn in extenso aus der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ zum Abdruck mit einer Erwiderung von Arnold Rechberg, der Oberst Nicolai zu einer Richtigstellung bestimmter Widersprüche auffordert, wobei Rechberg zu seiner persönlichen Ehrenrettung darauf hinweist, daß er bei seiner Verabschiedung die Berechtigung erhalten habe, die Uniform zu tragen. — Diese Veröffentlichung ist nur zu verstehen, wenn man den in einer vorhergehenden Nummer des „Jungdeutschen“ an etwas versteckter Stelle veröffentlichten großen Bericht Arnold Rechbergs „Vorhang auf!“ genau liest, der die Zusammenhänge der gesamten Rechberg-Politik aufdeckt, bei der sich dieser von Nicolai planmäßig wegen seiner außenpolitischen Richtung verfolgt erklärt, ein Kesseltreiben, an dem heute die „Hugenberg-Zentrale“ und die Claß-Organisation mitbeteiligt seien. Die Spitze dieser Darstellung gipfelt in der Feststellung, daß sich Oberst Bauer sowohl wie Oberst Nicolai öffentlich für die Sowjet-Regierung erklärt hätten, und daß auch die vaterländischen Verbände 1925 eine Broschüre „Hin zu Rußland!“ verteilt hätten, die durchaus pro-sowjetistisch gerichtet gewesen wäre. Der Gedanke, daß ein höherer preußischer Offizier mit dem Bolschewismus liiert sei, sei zwar völlig absurd und von der Hand zu weisen, so Rechberg, obwohl er gleichzeitig das Gegenteil behauptet, dagegen ergebe sich eine andere Erwägung, daß vielleicht Oberst Nicolai „ohne es zu ahnen“ ein Opfer bolschewistischer agents provocateurs geworden sei, die ihm unter der Maske fanatischer deutscher Patrioten nahten. Uebrigens taucht auch Scheidemann in diesem Bericht auf, der Rechberg einen Teil der amtlichen Akten des Falles Rechberg übergeben habe, in deren Besitz Scheidemann nach der Revolution gekommen sei. Wir müssen unserseits erklären, daß aus dieser persönlich politischen Hetz-Kontroverse, die zu einem doch wohl nicht ganz zufälligen Zusammenhang mit dem Scheidemannschen Angriff jetzt in der Oeffentlichkeit geführt hat, wir uns keinerlei Nutzen für die nationale Sache versprechen können, daß vor allem die Bezugnahme Rechbergs auf den berüchtigten Redel, dem von Rußland bestochenen Chef des österreichischen Spionagedienstes, uns in diesem Zusammenhang höchst auffällig erscheint. Tatsächlich hat auch die deutsche Presse diese im einzelnen viel zu weit gehenden persönlichen Denunziationen mit Recht totgeschwiegen, denen der „Jungdeutsche“ so viel Raum gibt, unter Berufung darauf, daß Marauhn angegriffen und Gegenstand einer „planmäßigen Verfolgung“ sei. — Wir können uns die Leidenschaftlichkeit, mit der Rechberg jetzt seine Angriffe vorträgt, nur erklären, wenn wir uns der Propaganda erinnern, die Arnold Rechberg für ein deutsch-französisches Militärbündnis zu einer Zeit betrieb, da Frankreich unserem wehrlosen und niedergemütelten Volke gegenüber die fürchterlichen Ausschreitungen wagte und wir diesem westlerischen Vernichtungswillen gegenüber selbst ein Bündnis mit dem bolschewistischen Rußland vorgezogen hätten, wenn sich damit eine aktive nationale Politik verband. Damals erfuhr Rechberg die ihm geziemende Zurückweisung. Vielleicht exponiert sich heute Oberst Nicolai in ähnlichen, wenn auch ostwärts gerichteter Weise, dessen Arbeit wir nicht kennen, wenn wir auch niemals geneigt waren, ihm politisch allzuviel Vertrauen entgegenzubringen. Diese seinerzeit Rechberg gegenüber nur allzu berechtigte Kritik und Ablehnung seiner taktisch unausführbaren Pläne kann er heute nicht verschmerzen. — Heute ist aber in manchem die taktische Lage verändert. Die Abhängigkeit Deutschlands vom Auslande ist politisch und wirtschaftlich derart auch von bürgerlichen Regierungen geregelt und festgemacht worden, daß ein Widerstand dagegen sich zurzeit politisch nicht organisieren läßt. Sowjetrußland aber hat gezeigt, daß es zu einem solidarischen aktiven Eintreten auch zu Gunsten des deutschen Proletariats nicht zu gewinnen war. Wir befinden uns deshalb in schwerster Balance, die von Osten und Westen in gleicher Weise feindselig gegen uns ausgenutzt wird. Wir müssen auf eine Konzentration unserer inneren Kräfte hinarbeiten. Gerade der Aufsatz Scheidemanns mit all seiner lächerlichen Primitivität sollte uns eine Warnung bedeuten, nicht den Kampf der Nationalen untereinander weiter zu führen, der uns auch im Innern nur weiter schwächen wird. Wir möchten deshalb auch auf die Veröffentlichungen Dr. Oldags hinweisen, der seine Ansichten über eine deutsche Ostpolitik auch in einer Beilage des „Reichswart“ zur Veröffentlichung bringt, indem er ausdrücklich als Linie deutscher Innenpolitik die Abwehr des Bolschewismus bis zu einer rücksichtslosen Bekämpfung erklärt. Außenpolitisch blieb Oldag wohl zu lange an der Rapallotaktik hängen. Der neulich an hiesiger Stelle veröffentlichte Aufsatz Harald von Rautenfelds gibt aber klar die ostpolitische Linie zu erkennen, die für unser deutsches Schicksal entscheidend sein wird. Wenn die nationale Front eine einheitliche Führung und eine einheitliche Disziplin hätte, würden die taktischen Unstimmigkeiten in ihren eigenen Reihen, etwa mit Hilfe eines klugen, überlegenen Schlichters, auszugleichen sein, wobei jede persönliche Rücksichtnahme auf Persönlichkeiten, die ausgespielt haben, entfallen würde. Wir haben in dem Kampf, den der „Jungdeutsche“ für die Politik seines Führers gekämpft hat, eine Zurückhaltung geübt, die sich aus der Gesamtlage heraus ergibt. Wir möchten aber dringend empfehlen, daß Niemand, der für die Zukunft unserer Nation eine führende Bedeutung beansprucht, es sich heute leisten darf, die eigene Front weiter zu schwächen, die in kommenden Zeiten sich immer mehr verschärfender Krisis aufs äußerste angespannt werden wird.

*

Langsam werden gewisse Hintergründe der Aktion Mussolinis sichtbar. Am stärksten war zunächst das Bedürfnis des Faschismus nach außenpolitischen Erfolgen zu Tage getreten als Motiv für die Brandrede des Leiters der italienischen Außenpolitik. Allmählich tauchen weitere Hintergründe auf: der Völkerbund und die inzwischen bekanntgewordenen Intriguen um die Ratssitze. Die Kritik, die Stresemanns Erwiderung im Reichstage — gewiß keine Brandrede — in den offiziösen Blättern des Auslandes gefunden hat und die alles andere als freundlich ausgefallen ist, weist darauf hin. Die „Times“ schreiben zum „tiroler Zwischenfall“: Verursacht wäre er nur worden durch die „verrückte und ungehörige Rede“ des bayerischen Ministers Held. Stresemanns Antwort an Mussolini wäre zwar im Allgemeinen sanft und würdig gewesen, aber — „unglücklicherweise sei es gerade in den wichtigeren angeschnittenen Fragen der Fall, daß die Rede des Deutschen Außenministers nicht dazu geeignet sei, um die italienischen Gefühle zu besänftigen“. Es werden ihm dann die Fehler seiner Rede vorgehalten: Daß Deutschland sich nicht nur als den Vorkämpfer internationalen Rechts, sondern auch als Vorkämpfer der internationalen Moral bezeichnet habe, hätte verstimmend wirken müssen; ebenso die, wenn auch vorsichtige, wenn auch verständliche Einmischung in die Politik der Italianisierung Südtirols, und die Erwähnung der Brenner- und der Anschlußfrage. Diesen letzten Punkt benutzen dann die „Times“, um dem Bundeskanzler Seipel seinen letzten berliner Besuch vorzuwerfen, und finden es ganz erklärlich, wenn sich Mussolini gegen diese Politik gewandt habe. „Gegen diese Politik (nämlich die Anschlußpolitik) im Ganzen, und nicht nur gegen die Angriffe Deutschlands auf das italienische Regime im Alto Adige ist die Rede Mussolinis in Wirklichkeit gerichtet, das ist die Interpretation, die man ihr gemeinhin in Rom gibt.“ Charakteristisch für den englischen Standpunkt ist es also, daß man auch die gemäßigte deutsche Minderheitenpolitik ablehnt, und im übrigen Italien vorschiebt. — Französische Stimmen nennen die Dinge viel unverblümter und offener beim Namen, da sie durch keinerlei Doppelfreundschaft zugleich mit Deutschland und Italien verbunden sind. Der „Temps“ schreibt einen, in seinem Aufbau dem Artikel der „Times“ so ähnlichen Aufsatz, daß man fast auf die Idee kommen konnte, beide Artikel stammten aus derselben Quelle; nur mit dem Unterschied, daß es der „Temps“ nicht für nötig hält, den Standpunkt Mussolinis zu rechtfertigen, und daß er im übrigen den „Ungeschicklichkeiten“ der Stresemannschen Rede energischer zu Leibe geht. Besonders deutlich wird er zum Schluß: „In dem Augenblick, in dem Deutschland in den Völkerbund eintritt und eine neue Rolle in Europa zu spielen beginnt (charakteristisch: nicht „von neuem eine Rolle“, sondern „eine neue Rolle“), ist es nicht schlecht, daß die Kontroverse Mussolini-Stresemann es erlaubt, auf verschiedene Dinge hinzuweisen, die Deutschland morgen sich bemühen wird herauszustellen. Die harten Worte des Duce haben zum mindesten den Geistern einige Klarheit gebracht, die man durch allzu unbestimmte und fälschlich liberale und großzügige Phrasen zu täuschen suchte.“ Und was sagte die völkerbundsfreundliche, ebenfalls immer vorzüglich informierende und informierte „Europe Nouvelle“ dazu? Nun, auch sie benutzt die Gelegenheit, um Deutschland eine Warnung zu erteilen. Zwar geschieht dies in der Absicht, die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich, die zum Programm der Zeitschrift gehört, zu schützen, aber was gesagt wird, ist so deutlich, daß es warnen sollte: „Wir schrieben hier vor acht Tagen, daß das Reich nur noch einen Fehler zu begehen braucht. Vielleicht hat es diesen schlimmsten aller Fehler soeben begangen. Sein Außenminister hat zum mindesten gezeigt, daß er das Europa, das die Verträge geschaffen haben, sehr schlecht kennt. Sich einzubilden, daß sich Deutschland in dem Augenblicke der Zulassung zum Völkerbund, in dem Augenblick, in dem Deutschland der Sympathien aller bedarf — und sei es auch nur zu dem einzigen Zwecke, um sich zum dauernden Mitgliede des Rats wählen zu lassen — den Luxus leisten könnte, sieben oder acht Staaten zu beunruhigen, und andere Staaten herabzusetzen, und sich einzubilden, daß sich seit 1914 nichts geändert habe, und daß eine große Macht nach Belieben handeln könne, das ist wirklich ein einzigartiger Irrtum . . . Da wir die Versöhnung wünschen, und es wollen, daß Deutschland in Genf seinen rechten Platz findet, können wir uns darüber nicht freuen . . . Es sei zum mindesten zu denken gestattet, daß, wenn man schon einen Kampf ankündigt, dieser dann mit den richtigen Waffen geführt werden muß. Deutschland tritt in den Völkerbund ein, um die Sache der Minderheiten in seine Hand zu nehmen; nun schön. Dann müssen aber auch die bedrohten Staaten im Rate sitzen, um sich verteidigen zu können. Herr Stresemann war sich doch wohl nicht im Zweifel, daß seine unklugen Worte denjenigen die besten Argumente liefern würden, die der Meinung sind, daß zur selben Stunde, in der Deutschland in Genf einzieht, es billig ist, daß auch Polen in den Völkerbundsrat gewählt wird . . .“ So sieht die Stimme des Auslandes aus, die zwar nicht die große Presse, aber die zuverlässige und mit den Ansichten der Regierungen vertraute Presse darstellt.

*

„Der Deutsche“, das Blatt Stegerwalds und der christlichen Gewerkschaften, vertritt eine nationale Politik. Die Bedeutung dieser Zeitung liegt darin, daß sie im Gegensatz zu den sozialistischen Parteiblättern auf die Schicksalsverbundenheit der deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Nation hinweist und, vom Arbeiter aus gesehen, die nationale Selbstbehauptung als Grundlage der deutschen Existenz überhaupt fordert. Umso verwunderlicher ist es, wenn in einer Beilage des „Deutschen“ „Soziales Leben und Gewerkschaft“ dieser Grundsatz überraschend verlassen und unter dem Titel „Ein deutscher Unternehmer, der im Saargebiet französische Interessen vertritt“ wider den Großindustriellen Röchling in Völklingen Sturm gelaufen wird. Wir haben keine Veranlassung, die „Kapitalisten“ in Schutz zu nehmen. Nur zu oft hat es ein Teil der Unternehmer in den rheinischen Grenzgebieten aus sogenannten wirtschaftlichen Gründen an nationaler Zuverlässigkeit fehlen lassen. Aber dieser Röchling sollte für jeden Deutschen unantastbar sein und bleiben; ist er doch im Saargebiet der einzige Unternehmer gewesen, der dem französischen Druck standhielt und seine Werke vom französischen Kapital nicht überfremden ließ. Um was aber handelt es sich bei dem Angriff, den sich der „Deutsche“ gegen diesen deutschen Unternehmer leistet? Röchling hielt vor dem weltwirtschaftlichen Institut der Handelsschule in Leipzig einen Vortrag, in dem er nach dem „Deutschen“ folgendes erklärte: „Ferner stellt sich aber auch heraus, daß auch die Saarkohlengruben für Frankreich nicht das glänzende Geschäft sind, das die Leute in Paris sich eingebildet haben. Das hat verschiedene Gründe. Erstens ist die geologische Ablagerung im Saargebiet weder mit der westfälischen noch mit der englischen an Reichhaltigkeit und Regelmäßigkeit zu vergleichen, und infolgedessen war vor dem Kriege die Arbeitszeit unter Tage bei geringerer Entlohnung stets eine halbe Stunde länger wie in Westfalen, und eine Stunde länger wie in England. Heute versucht man mit einer Arbeitszeit, die wesentlich kürzer ist wie in Deutschland, die Kohlengruben rentabel zu gestalten. Das ist natürlich unmöglich. Infolgedessen muß das Geschäft bei den Saarkohlengruben immer schlechter gehen, bis die Franzosen endlich einsehen — eine Einsicht die zusehends wächst — daß es ihr eigener Schaden wäre, wenn sie bis zum Jahre 1935, dem Datum der Volksabstimmung im Saargebiet, warteten, um in die Rückkehr des Saargebietes zum deutschen Mutterlande einzuwilligen.“ Aus diesen sachlichen Feststellungen Röchlings folgert nun der „Deutsche“: „Während die deutschen Gewerkschaften des Saargebietes schon seit Jahren die Mißwirtschaft auf den Saargruben kritisieren, der französische Abgeordnete Uhri genaue Zahlen über die unnötig verwirtschafteten Summen veröffentlicht, gibt ein „deutscher“ Unternehmer der französischen Bergwerksdirektion Poincaréscher Richtung Hilfsstellung, indem er die Unrentabilität, die, wie gesagt, noch gar nicht erwiesen, auf die kürzere Arbeitszeit zurückführt. Es ist skandalös, daß in den bedrohten Grenzgebieten von „deutschen“ Unternehmern derartige Ausführungen gemacht werden. Die gut deutsche Arbeiterschaft des Saargebietes lehnt diese industriellen „Vaterlandsretter“ entschieden ab. Ihr ist das Nationale kein Geschäft.“ — Und das ist Demagogie! Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen sich in der Auffassung der Arbeitszeit schroff gegenüber. Niemals aber sollte von einem Blatt, das national sein will, dieser soziale Gegensatz dazu ausgenutzt werden, die deutsche Gesinnung eines Mannes anzutasten oder in Anführungsstriche zu setzen, der im bedrohten Saargebiet geradezu als der Führer der deutschen Sache genannt zu werden verdient. Oder ging in diesem Falle dem „Deutschen“, wenigstens was die „Beilage“ anbetrifft, das Geschäft über das Nationale?

Hochschule für Nationale Politik.

Wochenplan vom 23. bis zum 25. Februar.

Dienstag: Dr. Brauweiler: Die berufsständische Bewegung und die Krise des modernen Staates. (6—8.) — Frau Professor Engel Reimers: Entstehung der Großmächte. (8—9.)

Mittwoch: Dr. Karl Hoffmann: Angelsächsische Weltpolitik seit dem Kriege. (6—8.)

Donnerstag: Professor Dr. M. Spahn: Grundfragen der Politik. (6—8.) — Dr. Karl Krüger: Die technischen Grundlagen, die industriellen und wirtschaftlichen Vorgänge der Erdölproduktion. (8—9.)

Ab 1. März beginnen zwei Vorlesungsreihen von Professor Hoetzsch über: „Die Staatenbünde des europäischen Ostens“ (1., 3., 5., 8. und 10. März), 8—10 Uhr abends, und Professor Brunstäd über: „Christentum und Wirtschaft“ (2., 4., 6. März, 8—10 Uhr abends).

Für die einzelne Vorlesungsreihe wird eine Sondergebühr von 2 Mk. erhoben. Anmeldung und Auskunft im Sekretariat der Hochschule, Berlin W. 30, Motzstraße 22, II. Fernruf: Lützow 4955.

Die Vorlesungsreihen finden statt im großen Saale des Reichslandbundes, Dessauer Straße 28.

Jungkonservative Vereinigung

Dienstag, den 23. Februar, abends 8½ Uhr

Aussprache über:

„Oberschicht und Grundbesitz“

Berichterstatter: F. C. von Zitzewitz-Kottow

Ring Nationaler Frauen.

Der „Ring nationaler Frauen“ veranstaltet am 26. Februar, abends 8 Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, eine Feierliche Kundgebung der Frauen Großberlins für die deutschen Minderheiten. Sprecher: Frau Annagrete Lehmann, Bundesrat Leopold Stocker (Graz), Frau Gertrud Becker und andere. Einlaßkarten durch die Geschäftsstelle, Berlin-Schöneberg, Stubenrauchstr. 4, und am Saaleingang.

An das Postamt .....

Bestellschein.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Stück der Zeitschrift

Gewissen

für den Monat März zum Bezugspreise von 1,00 Mk.

Name .....

Ort und Straße .....

Verlag und Schriftleitung: Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 30, Motzstr. 22. Für den Inhalt verantwortlich: Hanns F. Frosch, Berlin. Druck: Neudeutsche Verlags- u. Treuhand-Gesellschaft, Berlin
Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich, Sonnabends, mit Tagangabe vom nächsten Montag. — Bezug: Im Inland: Durch die Post monatlich Mark 1,00; durch den Verlag Mark 1,25
Mitteilungen an die „Gesellschaft der Freunde des Gewissens“ erbitten wir uns unter der Anschrift: „An den Ring-Verlag, Berlin W. 30, Motzstraße 22“.

Geldsendungen erbitten wir auf Postscheckkonto „Berlin 860 75 Ring-Verlag“ oder auf Konto „Ring-Verlag G. m. b. H.“ beim Bankhaus F. W. Krause & Co., Berlin W. 8, Behrenstraße 2.
Anzeigen: Die 6 gespaltene Nonpareillezeile 0,15 Goldmark; die 3 gespaltene Reklamezeile 0,40 Goldmark.